

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Unter-Ober-Schlesien sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 90.

Die achtspaltige Konversations- oder deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 1,20 M., netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Das britische Imperium

### Das englisch-japanische Bündnis

London, 18. Juni.

In der gestrigen Unterhausführung erklärte Chamberlain mit Bezug auf die Frage der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses, England werde an keinem Bündnis teilnehmen, das gegen Amerika gerichtet sei, oder unter dem es in die Lage kommen könnte, gegen Amerika zu handeln. Chamberlain deutete auf die Möglichkeit einer Fortsetzung des Bündnisses in abgeänderter Form hin und fügte hinzu, er glaube, daß eine Möglichkeit gefunden werden könne, den Wunsch Groß-Britanniens nach einem vollkommenen Einvernehmen und einer engen Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Volk mit der Fortsetzung einer engen und herzlichen Freundschaft mit seinem Verbündeten, der loyal gehandelt und während des Krieges wertvolle Hilfe geleistet habe, zu vereinigen. Es müsse das Ziel einer jeden britischen Regierung sein, das Vertrauen und das Zusammenwirken unter den Großmächten des Stillen Ozeans zustande zu bringen, die den Wettbewerb der Rüstungen verhindern und den Frieden im Stillen Ozean und in den ihm anliegenden Ländern sichern.

### Britische Reichskonferenz

London, 17. Juni

In London findet zur Zeit eine britische Reichskonferenz statt, die voraussichtlich einen Monat dauern wird. An der Konferenz nehmen die Regierungen der Kolonien Englands aus allen Teilen der Welt teil. Heute nachmittag fand im Unterhaus eine Aussprache über die Montag beginnende Reichskonferenz statt. Gegen die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses in der augenblicklichen Form wurden von verschiedenen Seiten Einwände geltend gemacht.

Generalmajor Sir John Duffin forderte Einstellung des Wettlaufens und eine neue Erwägung über die gesamte Lage im fernen Osten durch eine Konferenz, in der nicht nur England und Amerika, sondern auch Japan vertreten sei.

Der Arbeiterführer Neil Maclean forderte nicht nur zwischen den Dominions und dem Mutterlande, sondern zwischen allen englisch sprechenden Völkern ein gemeinsames Uebereinkommen.

General Townsend erklärte, die Dominions müßten ihre eigene Flotte bauen. Wenn das durchgeführt werde, dann könnte die australische Flotte die Südpazifik- und die chinesischen Gewässer beaufsichtigen, die kanadische Flotte den nördlichen Atlantischen Ozean, die indische Flotte den Indischen Ozean, den Persischen Golf usw. Die britische Flotte werde dann in den Weltgewässern bereitstehen, um sich nach Schauplätzen zu begeben, die in der Kriegszeit bedroht seien. Derselbe Grundgedanke müsse auch auf die Landstreitkräfte angewendet werden.

T. Bennett erklärte, der japanisch-englische Vertrag würde in seiner augenblicklichen Fassung nicht erneuert werden. Er müsse umfassender gemacht werden, und wenn er durch irgendwelche Mittel zu irgendeiner Garantie im Stillen Ozean gemacht werden könnte, dann würde damit eines der größten Probleme des Tages gelöst sein. China müsse in der Politik, die England annehmen wolle, gehört werden. Er, Bennett, erklärte, er sei sicher, daß die Ansprüche Indiens auf der Konferenz von Vertretern der anderen Teile des britischen Reiches direkt in Erwägung gezogen werden würden.

Das Parlamentsmitglied Bellairs sagte, das Bündnis zwischen England und Japan habe der Militärpartei und nicht dem liberalen Element geholfen. Die japanische Marine umfasse dieses Jahr 76 000 Mann und sei damit größer als das deutsche Marinepersonal im Jahre 1914, während England sein Personal um 30 000 Mann herabgesetzt habe. Unter solchen Umständen würde das englische Volk einer Allianz mit Japan nicht zustimmen. Es würde jedoch einem Bündnis zustimmen, das der amerikanischen öffentlichen Meinung gerecht würde und das gesamte britische Reich und auch China befriedige.

Das Parlamentsmitglied D' Connor gab der Hoffnung Ausdruck, daß in jedwedem Vertrag, der mit Japan erneuert wird, nicht nur die Freiheit und Unabhängigkeit, sondern auch die Gefühle des chinesischen Volkes voll und ganz befriedigt werden.

## Farbe bekannt!

Die Presse der bürgerlichen Koalitionsparteien sucht den Ausfall der Abstimmung über die Getreidewirtschaft als für den weiteren Gang der deutschen Politik belanglos hinzustellen. An der Spitze dieses begreiflichen, aber vergeblichen Versuchs steht die „Germania“. Nach ihrer Darstellung hätte es sich nur um die Entscheidung der Frage gehandelt, ob durch das Umlageverfahren drei oder nur zweieinhalb Millionen Tonnen erspart werden sollen, um nichts anderes.

Diese Darstellung ist entweder beeinflusst von der Unkenntnis oder dem Willen, den Gegensatz unter allen Umständen zu verwischen. In Wirklichkeit stand im Vordergrund der Erörterung die Tatsache, die auch den Ausschlag bei der Entscheidung der sozialistischen Parteien gegeben hat, daß die bürgerlichen Parteien geschlossen sich dafür entschieden haben, daß alle Lasten, die aus der Neuordnung der Getreidewirtschaft entstehen, auf die Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger abgewälzt werden, daß aber die Landwirtschaft in den ungeschmälerten Besitz der Milliardenmehrgewinne kommen soll.

Durch die Freigabe des erheblichsten Teils der Ernte wird der Preis für Getreide an den Weltmarktpreis herankommen. Für mehr als drei Millionen Tonnen Getreide, über die die Agrarier jetzt frei verfügen können, werden sie also künftig nicht mehr sechshundert Mark die Tonne, sondern weit mehr als das Doppelte erhalten. Das bedeutet allein bei dem jetzigen Stand der Valuta einen sicheren Mehrgewinn von über fünf Milliarden Mark. Er steigt in dem Maße, in dem die Valuta sinkt, wird also um so größer, je stärker die Festbesoldeten und Rentenempfänger durch die Geldentwertung belastet werden. Da auch das Umlagegetreide im Preise wesentlich erhöht werden soll, so wird der wirkliche Gewinn, den die Landwirtschaft aus der Neuordnung der Getreidewirtschaft erzielen kann, nicht viel hinter zehn Milliarden Mark zurückbleiben. Eine Erhöhung des Brotpreises in großem Umfange ist dabei unausbleiblich. Die Erhöhung um 50 Prozent ist jetzt bereits angeblüht, aber selbst nach dieser Erhöhung werden noch gewaltige Zuschüsse aus der Reichskasse notwendig sein, die auch wieder, wenn auch indirekt, von den großen Massen der Bevölkerung aufgebracht werden müssen.

Sicher ist also zweierlei: außerordentlich starke Belastung aller minderbemittelten Schichten, deren Reallohn und deren Kaufkraft jetzt schon durch die unaufhörlichen Preissteigerungen gewaltig herabgedrückt ist, und die sich deshalb zu einem erheblichen Teil in geradezu verzweifelter Lage befinden. Eine Verteuerung des Brotes um 50 Prozent ist für viele, insbesondere die zahlreichen Rentenempfänger aller Art, die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter, das Todesurteil. Denn während bei jeder anderen Preissteigerung, z. B. von Fleisch, Butter, Bekleidungs- oder Gebrauchsgegenständen, Ersatz durch billigere Nahrungsmittel oder eine Einschränkung des Verbrauchs eintreten kann, ist Brot ebenso unentbehrlich wie unersetzbar. Außerdem: je stärker eine Familie an Köpfen ist, um so stärker ist die Belastung durch den Brotpreis, und da der Broterwerb, wie eine alte Erfahrung lehrt, die durch unzählige statistische Ergebnisse ganz einwandfrei feststeht, um so stärker ist, je geringer das Einkommen, so trifft die Erhöhung der Preise die leistungsfähigsten Schichten am allerstärksten. Und während so die Massen der Verbraucher den letzten Pfennig aus der Tasche geholt bekommen, um das Brot zu bezahlen, sollen die Mehrgewinne restlos in die Taschen der Erzeuger fließen.

Gegen diese beiden Tatsachen hat die Unabhängige Fraktion den schärfsten Kampf geführt. Ihr ging es weniger um die Form der Getreidewirtschaft. Zwangswirtschaft ist für sie nie eine Frage des Prinzips, sondern lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit gewesen. Aber es galt, alle minderbemittelten Schichten vor den Folgen zu bewahren, die die gewaltige Heraufschneidung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise bedeuten wird.

Daher unser Antrag. Er verlangte gesetzliche Schutz für die Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger vor der drohenden Verelendung und Sicherstellung der Mehrgewinne für die Allgemeinheit. Während die erste Forderung will, daß der nun wegen der Erhöhung der Löhne überall einsetzende Kampf der Gewerkschaften mit dem Unternehmertum von der Staatsgewalt unterstützt wird und auch die Rentenempfänger einen Ausgleich für die Preissteigerung erhalten, wollte der zweite, daß die nur durch die Geldentwertung und die damit verbundene Belastung und Verelendung der Massen entstehenden unverdienten Milliarden-gewinne nicht den Landwirten zugute kommen, sondern der Allgemeinheit, der sie gehören.

Weil die bürgerlichen Parteien entsprechend der von ihnen vertretenen Klasseninteressen sich für den Schutz der Besitzenden und die Schutzlosigkeit der Besitzlosen entschieden, weil sie eintraten für die Bereicherung der Erzeuger und die Verelendung der Verbraucher, deshalb entstand die Kluft zwischen ihnen und den sozialistischen Parteien.

Daß die von den bürgerlichen Parteien zur Vertuschung eingebrachte Entschliebung ohne jeden Wert ist, das muß nach unserer Darlegung über die Geschichte dieser Entschliebung selbst das „Berliner Tageblatt“ zugeben. Noch

## Der Lärm und sein Echo

### Die Presse über den Zwischenfall im Reichstag

Der Lärm im Reichstag hat in der Presse ein sehr verschiedenartiges Echo hervorgerufen. Im „Berliner Tageblatt“ beurteilt Erich Dombrowski die Rede Unterleitners sehr zustimmend. Unterleitner kenne die bayerischen Verhältnisse genau und habe seine Darstellung mit Tatsachendevise belegt. Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt nach der Darstellung des Zwischenfalles des Abgeordneten Mittelmann, dieser konnte nur so verstanden werden, als habe er gemeint, es sei recht, daß man die Kommunisten „falt erledige“. Das Blatt schreibt wörtlich:

„Er mußte so verstanden werden, und das beleuchtet die ganze Verantwortungslosigkeit des Rufers. Hinzu kommt seine im ganzen Parlament kaum umstrittene Persönlichkeit. Herr Mittelmann ist ein arroganter, frühreifer junger Mann, der sich schon in der Nationalversammlung durch unqualifizierbares Benehmen herporhat. Dennoch konnte sein Zwischenruf niemals einen Grund zu dem liefern, was dann nachfolgte.“

Die Presse der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei behaupten natürlich, Mittelmann habe durch seinen Zwischenruf nur bestätigen wollen, daß die Kommunisten nicht als Deutsche zu betrachten seien. Gegenüber dieser Behauptung muß nochmals daran erinnert werden, daß die Stenogramme ausweisen, daß Mittelmann nur so verstanden werden konnte, wie die „Berliner Volkszeitung“ es darstellt. Auch die Auslagen der Stenographen stimmen mit dieser Auffassung überein und die Mehrheit der im Saale anwesenden Reichstagsabgeordneten stand unter dem gleichen Eindruck, so daß sich auch der Auktorenrat diese Meinung zu eigen machte.

Mag die Darstellung der meisten Blätter der Rechten, wenn sie auch falsch ist, noch damit zu rechtfertigen sein, daß diese Organe ihren Parteifreund deden wollen so gut es geht, so erstrebt die „Post“ den Gipfel der Niederträchtigkeit. In einer im niedrigsten Hinterkriechstil gehaltenen Darstellung der Szene schreibt das Blatt:

„Man sieht den wilmson Haarhops Hoffmann schwanken. Aber der Abg. Simon, der Leder-Simon, hat doch noch die tapfere kleine Behm gepackt, deren goldene Busennadel dabei abgerissen wird. Die Nadel hat sich nach dem Kampfe zum Glück wiedergefunden, und zwar auf dem Kampffeld selbst und nicht etwa, zu ihrer Ehre sei's gesagt, in den Händen der Kommunisten, wo der wegen Unterhalsung, Diebstahls und Urkundenfälschung gefaschte Abgeordnete Reich, der Präsident des Reichsbundes der Botenbratzen, ist.“

Es ist nicht nötig, diese Niedrigkeit durch starke Worte zu kennzeichnen. Die „Post“ erdreist sich ohnehin in allen ernsthaften politischen Kreisen eines Minimums von Achtung, wie es wohl selten einem politischen Organ entgegengebracht wird. Es muß aber bei dieser Gelegenheit betont werden, daß der Gemischtschichtenausschuß des Reichstags eben erst festgestellt hat, daß die Anschuldigungen gegen Reich völlig unbewiesene Behauptungen sind und daß das gegen ihn vorgetragene Belastungsmaterial außerordentlich lückenhaft ist.

Von der anderen Seite her gesehen, ist die Art, in der die „Kote Fahne“ die Szene behandelt, nicht weniger unwürdig. Sie behauptet folgendes:

„Der kommunistische Abgeordnete Kemmele springt von seiner Bank auf, schreitet auf Mittelmann zu. Dr. Heim von der bayerischen Volkspartei sucht ihn zurückzuhalten, Kemmele reißt sich los, sagt Mittelmann an die Kehle und schlägt ihm ins Gesicht, indem er schreit: „Du Lump, du Elender!“

Es sei festgestellt, daß diese Schilderung nicht den Tatsachen entspricht. Kemmele hat Mittelmann nicht geschlagen, und die gesamten im Saale anwesenden Kommunisten befanden sich so nahe beim Tator, daß sie das genau wissen müssen. Weder besseres Wissen schreibt die „Kote Fahne“ also ihrem Kemmele eine Tat zu, die er in Wirklichkeit nicht auf dem Gewissen hat. Woraus zu schließen ist, daß das kommunistische Organ diese Tat für eine nützliche gehalten hätte. Und da sie nicht gesehen ist, läßt sich die „Kote Fahne“ doch die Gelegenheit nicht entgehen, mit dieser unterbliebenen Sedentat eines kommunistischen Abgeordneten zu renommieren, indem sie sie als gefaschtes ausgibt. Anscheinend soll damit gezeigt werden, von welcher Art die „revolutionäre Aktivität“ sein soll, deren sich kommunistische Abgeordnete innerhalb des Parlaments zu befleißigen haben. Es beleuchtet von neuem das Verhältnis, in dem dieses Blatt zur Wahrheit steht und es ist ferner ein Kennzeichen für das Niveau des Kampfes der Kommunisten überhaupt.

## Korsantys Zusammenbruch?

London, 17. Juni.

„Manchester Guardian“ veröffentlicht einen ausführlichen Bericht aus Hindenburg in Oberschlesien über den fortschreitenden Ruin der Provinz unter der Herrschaft der Injuranten. Darin heißt es: Die Injurantenregierung hat die Männer überall gegen ihren Willen zum Kampfe gezwungen. Sie hat jetzt die Jahresklassen 1896 bis 1901 zum Dienste in der neuen Miliz einberufen. Sie hat Geld auf ungesetzliche Weise erpreßt und Steuern auf Vöhne, Handel und Gewerbe gelegt. Der Unwille über die neuen polnischen Beamten, die meistens aus Polen stammen und sich sehr anmaßend benehmen, irrt von Tag zu Tag deutlicher in die Erscheinung. Oberschlesien, das bisher reichlich mit unrationierten Lebensmitteln versorgt war, ist jetzt weit schlimmer daran als Deutschland. Der polnische Aufstand hat die Provinz von ihren Versorgungsmittelpunkten losgelöst. Die neue Verwaltungsmaschine arbeitet nicht. Das einzige positive Ergebnis ist die stets wachsende Desorganisation des sozialen und industriellen Lebens. Trotz der Vermehrung der Arbeiter in den Schächten und in den Fabriken, haben die Geminne nicht zugenommen. Der Vorrat an Rohstoffen schrumpft immer mehr zusammen. Die ober-schlesische Industrie nähert sich gefährlich dem Stillstande. In Mieschowitz haben die polnischen Injurantenführer jede Kontrolle verloren. Der polnische Kommandant kann sich auf den Straßen nicht zeigen, ohne sein Leben aufs Spiel zu setzen. Trotz aller dieser Anzeichen hält „Manchester Guardian“ es noch für zu früh, von einer Erhebung innerhalb des Aufstandes zu sprechen. Korsantys persönlicher Einfluß sei noch außerordentlich groß.

härfer spricht sich die „Frankfurter Zeitung“ aus. Sie schreibt:

„Bedauerlich bleibt, daß nun angesichts dieses Ausgangs der materiellen Regelung die Entscheidung des Ausschusses zu dem Gesetzentwurf, die vom Reichstag Vorberathungen für den Schutz des Reallohnes (schon jetzt wird das Brot um 50 Prozent verteuert) verlangt, und Sicherstellung der durch die Annäherung der Inlandspreise an den Weltmarktpreis gemachten Gewinne für die Allgemeinheit, nicht zur Annahme gelangte, und die Mehrheit der nichtsozialistischen Parteien sich mit einer all-gemeineren, praktisch unwirksamen Resolu-tion begnügten. Einige Politiker scheinen bereits wieder ver-gessen zu haben, unter welchen äußeren und inneren Voraus-legenden die Annahme des Ultimatum zustande kam. Grund-legendes Fragen, wie die Erlassung der Goldwette, scheinen nun-mehr um so notwendiger einer dringlichen Lösung zu bedürfen.“

Deshalb hat diese Entscheidung der bürgerlichen Parteien die Situation geklärt. Sie haben Farbe bekann! Sie wollen, daß die Lasten, die auf Deutschlands Volkswirt-schaft ruhen, nicht verteilt werden nach dem Grade der Leistungsfähigkeit, sondern allein getragen wer-den von den Schichten, die am allerwenigsten dazu imstande sind.

Und mag auch die Koalition zwischen Bürgerlichen und einem Teil der Arbeiterklasse trotz dieser Entscheidung noch eine Weile ihr Leben fristen, das Vorspiel, das hinter uns liegt, zeigt den Ernst der großen Kämpfe, die im Herbst beginnen werden, und die dann nicht mehr durch faule Kompromisse aus der Welt geschafft werden können.

## Die Hilfstruppen der Brotwucherer

Die Leitung der neuen Getreidegesellschaft, die nach den gestrigen Beschlüssen des Reichstages von jetzt ab der Getreidewirtschaft vorstehen soll, besteht aus einer Verwaltungs- abteilung und einer Geschäftsabteilung. An der Spitze der Ver-waltungsabteilung steht neben dem Direktorium ein Kurato-rium, an der Spitze der Geschäftsabteilung ein Aufsichts-rat. Im Kuratorium wie im Aufsichtsrat sind die Spitzenorgani-sationen der Gewerkschaften vertreten, und zwar entsendet der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in das Kuratorium einen Vertreter, der Christliche Deutsche Gemein-schaftsbund dagegen nach einem pflanzlichen Beschluß der dritten Lesung zwei Vertreter. Nach welcher Reihenfolge die eine Million Christen einen Anspruch auf zwei Vertreter haben sollen, während die acht Millionen Mitglieder des A. D. G. B. nur eine Stimme in die Wagschale werfen dürfen, ist ein wenig unklar. Diese doppelte Berücksichtigung der Christen scheint der Dank der Brotwucherer dafür zu sein, daß die christlichen Arbeitervertreter im Reichstag, die Wieber und Genossen, bei der Abstimmung das Interesse der Arbeiterschaft verraten und für die Brotpreiserhöhung gestimmt haben.

Im Aufsichtsrat der Geschäftsabteilung ist neben dem A. D. G. B. die Aja und ferner der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (beide christlicher Richtung), der Deutsche Beamtenbund und der Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsring mit je einem Delegierten vertreten. Auch hier tritt die gleiche Ungerech-tigkeit zutage, daß die Christen gleich stark vertreten sind wie die freigewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten, und daß auch der völlig bedeutungslose Gewerkschaftsring einen Vertreter entsenden darf.

Zu diesem Hohn fügte der Abgeordnete Geisler den Spott, indem er beantragte, daß in das Kuratorium und in den Aufsichtsrat der Getreidegesellschaft auch ein Vertreter des Na-tionalverbandes deutscher Gewerkschaften außer Vertretern der links von ihm stehenden drei anderen Gewerkschafts-richtungen berufen werde, damit die 150 000 Mitglieder des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften bzw. die 60 000 bis 70 000 Mitglieder des Reichsstandarbeiterbundes und die 10 000 Mitglieder des deutschen Guts- und Forst-beamtenbundes „ihres verfassungsgemäßen Rechts der Gleichheit vor dem Gesetz nicht beraubt würden“.

Die gelbe Sippchaft fordert also gleichmäßiges Recht mit den freien Arbeiterorganisationen. Sie scheint immer wieder zu ver-gessen, daß sie nach dem Gesetz einfach nicht als gleichbe-rechtigt angesehen werden kann. Es scheint ihr nicht in Erinnerung zu sein, daß sowohl der Nationalverband deutscher

Gewerkschaften wie die gelbe Truppe des Reichslandbundes von den maßgebenden Stellen als tarifunfähig bezeichnet und damit durch das Gesetz als Arbeitervertretung eigentlich schon er-ledigt und abgelehnt worden sind. So weit ist es doch schon, daß die Öffentlichkeit nicht mehr zugibt, daß Organisationen sich anmaßen, in öffentlichen Körperschaften Arbeiterinteressen zu vertreten, deren ursprüngliche Aufgabe es ist, Arbeiterinteressen zu vertreten.

Aber das entscheidende Kennzeichen dieses Vorganges ist, daß sich die Gelben hier zum ersten Male als politische Schutz-truppe des Ausbeuteriums bewähren. Während sie bisher stets nur in der Verschwiegenheit von Werksvereinigungen ihr trübes Handwerk verrichteten, wagen sie es jetzt, offen als geschlossene politische Hilfstruppe aller Schieber und Wucherer aufzutreten.

Die organisierte Arbeiterschaft darf nicht versäumen, diese Strömungen bei jeder Gelegenheit zu bekämpfen, um die deutsche Arbeiterschaft so schnell wie möglich von dieser Best zu befreien. Der Schutz, den die Artikel der Verfassung über das Koalitionsrecht den Arbeiterorganisationen verschiedener Richtung an-gewähren lassen, gilt für diese Sippchaft nicht. Er kann nur angewandt werden auf Organisationen, die von den Behörden des Staates als rechtmäßige und verhandlungsfähige Betretungen der Arbeiterklasse anerkannt werden. Beides aber hat die Staatsgewalt für die Gelben bereits verneint.

## Drugeschumtriebe in Braunschweig

### Aufforderungen zum Meuchelmord

Im Freistaat Braunschweig bestehen drei ungesetzliche Organi-sationen, die ihre Mitglieder heimlich zu Verbänden militärischer Art zusammengeschlossen haben und, soweit die Ermittlungen reichen, sämtlich von der Drugesch finanziell und zum Teil auch organisatorisch abhängen. Ihre Namen sind „Selbstschutz“, „Stahl-helm (Bund der Frontsoldaten)“ und „Braver Henderich“. Um den Geist zu kennzeichnen, der in diesen Organisationen herrscht, seien aus dem außerordentlich umfangreichen Belastungs-material nur zwei Proben aus der Stadt Braunschweig ange-führt:

1. Am 30. März d. J. fand bei Professor Kusfeld eine Oberführer-Versammlung des „Selbstschutz“ statt, in der unter anderem über die Lage in der kommunistischen Partei Bericht er-stattet wurde. Von einer Seite wurde zu größter Vorsicht ge-mahnt, worauf der Führer des Stoßtrupps Erich Gessers, Dittmerstraße 5, erklärte, „man solle der Gesellschaft die Köpfe blutig schlagen und sie alle an die Wand stellen, Dertter, Junke und Buchterkirchen dazu.“ (Dertter und Junke sind Minister, Buchterkirchen ist der Polizei-präsident. Alle drei sind Sozialisten. D. Red.)

2. Am 2. Juni d. J. fand eine vorwiegend von Studierenden unserer Hochschule besuchte Versammlung des „Stahlhelm“ statt, in der im Anschluß an einen Vortrag des Vorsitzenden, Kaufmann Willi Uhlenhaut, Helmstedter Str. 30, nationalistische und antisemitische Verhetzung getrieben wurde. Nach Schluß der Ver-sammlung tat ein Student die bezeichnende Aeußerung, „wenn er den Minister Dertter zu fassen bekomme, so werde er ihn ohne weiteres kalimachen“. Auf Vorbehalt eines anderen Versammlungssteuermetzers, daß er dadurch doch der Sache nur schade, meinte er, „das sei ihm ganz egal, jedenfalls habe er dann aber den Ruhm für sich, Dertter unschädlich gemacht zu haben, und man werde ihn wegen dieser Tat obendrein noch feiern.“

Es handelt sich, wie gesagt, bei den vorstehend angeführten Fällen lediglich um zwei herausgegriffene Beispiele, die den furcht-baren geistigen und moralischen Tiefstand dieser Volksschichten zeigen. Dies ist die Atmosphäre, in der jene politischen Attentate entstehen, deren einem vor wenigen Tagen erst Genosse Gareis in München zum Opfer gefallen ist.

Das braunschweigische Staatsministerium wird das gesamte Material über die genannten ungesetzlichen Organisationen der Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung übergeben.

Fransösisches Bergamt im Saargebiet. Die Pariser Kammer hat gestern den Gesetzentwurf über die Errichtung eines Berg-amtes im Saargebiet gemäß dem Antrag der Regierung ange-nommen.

## Die Lehrer und das Reichsschulgesetz

### Kampf dem Weimarer Schulkompromiß

Der Deutsche Lehrerverein setzt seinen Kampf gegen das Reichsschulgesetz fort. Der Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins veröffentlicht einen neuen heftigen Angriff gegen das Gesetz. Er knüpft an eine Bemerkung von Heinrich Schulz an, der auf dem Stuttgarter Vertretertag des Deutschen Lehrervereins erklärt habe, der vorliegende Schulgesetzentwurf sei als eine Folge des Weimarer Schulkompromisses anzusehen, womit Schulz keine Neuigkeit offenbart hat. Aber, habe er hinzugefügt, dieses Kompromiß sei „politischen Notwendig-keiten“ entsprungen.

Der Zeitungsdienst setzt nun mit einiger Breite auseinander, daß politische Notwendigkeiten nur dann Anerkennung finden können, wenn sie dem Gemeinwohl dienen, und das Gemein-wohl fordere die einheitliche staatliche Schule, die durch den Reichsschulgesetzentwurf vernichtet werde. Nicht politische Notwendigkeiten, sondern eine „praktische Notwendigkeit“ habe zum Schulkompromiß von Weimar geführt. Dann fährt der Zeitungsdienst fort:

„Mit dürren Worten sei es gesagt: Die staatliche Volksschule war der Kaufpreis der Verkündigung von Weimar, und die deutsche Lehrerschaft soll die Zehne bezahlen. Sie soll in ihrer Arbeit, ihrer Gewinnung, ihrer Verantwortlichkeit unter die Bot-mäßigkeit von Besenknäulen und Parteien gebracht werden; sie wird durch diese Weimarer Abmachung in erster Linie ins Mark hinein getroffen... Wir warnen eindringlich vor der schiefen Ebene, die mit diesem Gesetz beschritten werden soll... Höher als die Notwendigkeiten der Parteischicksale stehen die wirklichen politischen Notwendigkeiten und diese gebieten eindringlich, daß das deutsche Volk eine deutsche Volksschule habe. Eine Welle der allgemeinen Empörung muß die Frucht des Weimarer Schul-kompromisses hinwegwegen.“

Mit der Beurteilung des Weimarer Kompromisses sind wir vollkommen einverstanden. Nur darf nicht die verderbliche Auffassung, die aus den Aeußerungen des Deutschen Lehrervereins immer wieder hervorleuchtet, Platz greifen, daß die Schule dem Lehrer gehört, und daß damit dem Gemeinwohl am besten gebient sei. Die Verfassung sowohl wie das Reichsschul-gesetz haben bei aller Schlichtigkeit doch den Vorzug, daß sie ein innigeres Zusammenarbeiten zwischen der Schule und den Er-ziehungsberechtigten anbahnen, indem sie den Eltern Einfluß auf die Gestaltung der Schule sichern wollen. Wir möchten den Deut-schen Lehrerverein darauf aufmerksam machen, daß dieses damit gewedete Interesse der Eltern an allen Schulangelegenheiten, das bisher leider nur sehr mäßig in Erscheinung trat, allen Kreisen, die den Entwurf zum Reichsschulgesetz verwerfen oder verbessert sehen möchten, bei diesem Kampfe außerordentlich nützlich sein kann. Wir für unseren Teil möchten schon jetzt diese Gelegenheit benutzen, um vor allem die Arbeiterelemente sehr ernsthaft aufzufordern, dem Rufe der Verfassung und des Reichsschulgesetzes nach einem größeren Interesse der Erziehungsberechtigten zu fol-gen, indem sie sofort in Versammlungen und durch die Tätig-keit der organisierten Elternbeiräte den offenen Kampf gegen das Reichsschulgesetz beginnen.

Wünscht der Deutsche Lehrerverein ein Bündnis mit dieser Kampftruppe? Dann wird er sich zunächst einmal etwas deutlicher über seine Stellung zur weltlichen Schule äußern müssen. Die gleiche Nummer des Zeitungsdienstes hat es näm-lich ausgezeichnet, daß der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sich in einem Erlaß gegen die vorläufige Einrichtung von „weltlichen Zwergschulen“ wendet. In großen Teilen des Landes, so z. B. auch in Berlin, fordert nun die Arbeiterschaft die Einrichtung von weltlichen Schulen unbedingt, und wir sind davon überzeugt, daß sie hier durchaus keine Zwergschulen darstellen würden. Derartige Aeußerungen er-weden immer wieder unser Mißtrauen, ob die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um eine neue Schule im Deutschen Lehrerverein einen in allen Dingen zuverlässigen Bundesgenossen betrachten kann. Der Deutsche Lehrerverein mag uns das nicht abelnahmen, sondern dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft im wei-teren Verlaufe des Kampfes um das Reichsschulgesetz, dessen Eröffnung, wie gesagt, sofort nötig ist, zu erkennen vermag, ob oder wie weit sie ihren Kampf mit den deutschen Lehrern ge-meinsam führen kann. Bundesgenossen sind uns schon recht. Aber sie müssen danach sein.

## Die Kindesmörderin

Von Octave Mirbeau.

Neulich hatte ich einen Tischler bei mir, der meine Bücherei ins-tand setzte. Es ist ein sehr intelligenter Mensch, der gern plaudert. Während er arbeitete, fragte ich ihn:

„Haben Sie Kinder?“

„Nein“, erwiderte er in rauhem Tone.

Und nach einer kurzen Pause fügte er sanfter hinzu: „Ich habe keine mehr... ich hatte deren drei... sie sind gestorben.“

Dann, nachdem er wieder eine Weile stillgeschwiegen, fuhr er topfschüttelnd fort:

„Meiner Frau! Wenn man sieht, was vorgeht, und die schwere Mühe, die man im Leben hat, da ist es wohl besser für sie, daß sie tot ist... die armen kleine Kerle... wenigstens leiden sie nicht.“

Ich fragte ihn weiter:

„Ist es schon lange her, daß das letzte gestorben ist?“

„Zehn Jahre!“ lautete die Antwort.

„Und seither?“

„Seither... Sie begreifen wohl... habe weder ich noch meine Frau deren haben wollen. Nein, wahrhaftig nicht...“

Ich sprach mit ihm von dem neuesten Gesetzentwurf und be-merkte ihm, daß, wenn dieser Vorschlag Gesetz würde, die Kinder-losen eine Steuer zu gewärtigen hätten.

Er schien nicht sonderlich erstaunt, da er gewohnt war, das Leben als Philosoph zu betrachten.

„Ich bin auf alle Gesetze gefaßt“, sagte er mir ohne Bitterkeit.

„Ich weiß, was ein Gesetz ist, ich weiß, daß die Gesetze nicht für uns sind: die Gesetze sind immer für die reichen Leute und gegen die Armen geschaffen. Aber dasjenige Gesetz, von welchem Sie sprechen, ist immerhin sehr hart... denn wenn ich keine Kinder mehr habe, so ist es ihre Schuld!“

„Ihre Schuld? Wessen Schuld?“

„Nun, die Schuld der Behörden, des Staates, was weiß ich? Die Schuld all der Leute, welche diese zu vollziehen haben, das ist doch ganz einfach und gar nicht neu... der Staat — man muß ihm diese Gerechtigkeit widersprechen lassen — schützt das Ge-schlecht, die Stiere, die Pferde, die Hunde, die Schweine mit wunderbarem Eifer und einem sehr scharfen Verständnis für den wissenschaftlichen Fortschritt. Für diese verschiedenen und inter-essanten Tiere hat man Zuchtmethoden von vollkommener Hygiene erfunden. Auf dem ganzen Gebiete Frankreichs gibt es zahllose Gesetze zur Verbesserung der Rassen der Haustiere.“

Diese Haustiere haben schöne Ställe, Hürden, Geflügelhöfe, wohl-geflutet, wohlwärmt, mit allem Nötigen versehen, ja, zuweilen mit großem Luxus ausgestattet. Man erhält diese Tiere in dauern-der und streng überwachter Gesundheit geschützt vor allen unge-lunden Keimen und Ansteckungen, geschützt durch tägliche Waschun-gen, durch rationelle Desinfektion... Ich, der ich mit Ihnen da spreche, habe Hühnerställe gebaut, die wahre Paläste zu nennen sind... Das ist sehr gut. Ich bin nicht eifersüchtig auf die große Sorg-falt, die man den Tieren widmet... man erteile ihnen Preise bei den Ausstellungen, man gebe ihnen Geldsummen, ich habe nichts dagegen einzuwenden... Meines Erachtens haben alle lebenden Wesen das Recht auf Schutz und auf so viel Glück, wie man ihnen nur verschaffen kann... Aber ich möchte, daß die Kinder, die Kinder der Menschen, nicht systematisch von all den Wohlthaten, welche den Tieren zugewendet werden, ausgeschlossen werden, wie es tatsächlich der Fall ist... Nun wohl, es scheint, daß dies unmöglich ist. Ein Kind, das zählt nichts; dieser menschliche Wurm kann verrotten und verschwinden, was liegt daran! Man organisiert sogar im Wege der Staatsverwal-tung wahre Opferspiele von Neugeborenen, als ob wir von einer gefährlichen Ueberwucherung der Gattung bedroht wären. Und die Herren dieser schönen Gesellschaft beklagen sich noch bitter über die Abnahme der Geburten, während sie selbst diejenigen sind, welche die Geburten hindern, oder die Kinder bald nach ihrer Geburt durch die sichersten und raschesten Vorgänge töten. Denn die wahre Kindesmörderin ist diese Gesellschaft, die so grausam ist den zu Müttern gewordenen Mädchen gegenüber, welche ihre Kinder nicht ernähren können...“

Als das hatte er mit ruhigem Tone vorgebracht, während er auf einer Leiter oben stehend, langsam und genau ein Bretchen sagte. Als das Bretchen durchgelagt war, kreuzte er die Arme, und indem er mich von oben herab betrachtete, fuhr er fort:

„Ist es nicht wahr, was ich spreche, mein Herr? Was erz-ählen uns die Leute mit ihrer verdammten Entvölkerung? Wenn diese Leute in ihr Gewissen schauen und ehrlich erkannt haben werden, daß der Fehler nicht an uns liegt, sondern an der Zusammenziehung der Gesellschaft selbst, an der Barbarei und kapitalistischen Selbstsucht der Gesetze, welche nur die Glük-lichen schützen, dann wird man über die Sache reden können... Bis dahin werden wir fortfahren, den menschlichen Samen, die Kerne des Lebens in den Wind zu streuen. Was kümmert mich der Reichtum und der Ruf eines Landes, wenn ich nur ein Recht habe: zu verrotten vor Elend, Unwissenheit und Sklaverei!“

Ich fragte ihn dann, warum und wie seine drei Kinder ge-storben wären.

„Wie bei uns alle oder fast alle sterben“, erwiderte er.

„Ach, die Geschichte ist kurz, und es ist die Geschichte aller meiner Genossen... das Elend kann in der Form zuweilen sich ändern, aber im Grunde ist es immer das nämliche. Ich sagte Ihnen vorhin, daß ich drei Kinder hatte. Alle drei waren gesund, stark, gut gebaut, geeignet zu einem guten Leben. Ich versichere Ihnen... die zwei ersten, in Abständen von dreizehn Monaten geboren, sind in der nämlichen Weise von hinnen ge-gangen. Bei uns ist es selten, daß die Mutter selbst ihre Kinder stillen kann... Schlechte oder ungenügende Nahrung, Bläderei mit dem Hanswiesel, Ueberbürdung mit der Arbeit, kurz, Sie wissen ja, woran es liegt... Die Kinder wurden mit der Saugflasche genährt und gerieten dabei rasch in Ver-faß. Nach vier Monaten waren sie schwächlich und krank. Der Arzt sagte: „Mein Gott, es ist immer die nämliche Geschichte. Die Milch taugt nichts. Die Milch vergiftet die Kinder.“ Da sagte ich dem Arzte: „Zeigen Sie mir, wo die Milch gut ist, und ich will welche kaufen!“ Doch der Arzt schüttelte den Kopf und erwiderte: „Es gibt in Paris keine gute Milch. Schiden Sie Ihr Kind aufs Land.“ Ich übergab dann das Kind der öffent-lichen Wohltätigkeit, welche es bei einer Amme auf dem Lande unterbrachte. Acht Tage später war das Kind tot. Es starb, wie alle andern starben, aus Mangel an Sorgfalt, als Opfer der bauerlichen Grausamkeit... Mein drittes Kind behielt ich zu Hause. Es gedieh sehr schön; allerdings war das zu einer Zeit, wo meine Frau und ich viel Erwerb hatten und das Geld im Hause nicht fehlte. Das Kind war fugeitund, rosig und lachte niemals. Man kann sich ein schöneres und kräftigeres Kind gar nicht denken.“

Ich weiß nicht, wie es eine Augenkrankheit bekam, welche damals im Stadtviertel herrschte... Der Arzt sagte mir, man müsse das Kind ins Krankenhaus bringen. Es war ein eigenes Spital für diese Krankheit da. Ach, an Spitalern fehlte es nicht! Das Kleine ward wieder gesund. Allein an dem Tage, da seine Mutter es abholte, fand sie es verstorben in abgeheulichen Krämpfen sich winden. Es hatte einen Durchfall bekommen, und man hatte es nicht genügend gepflegt. Die Mutter war dar-über erstaunt. Der Arzt der Anstalt sagte: „Bei uns werden die Augenkrankheiten kuriert. Wenn Sie wollen, daß man das Kind von dem Durchfall kuriert, müssen sie es in ein anderes Spital bringen.“ Die Amme flehte vergebens... nahm dann ihr Kind in den Arm, um es in ein anderes... zu bringen. Während der Fahrt dahin starb das Kind... und da kommt nun die... und sagt uns: Zeuget Kinder! Nein, wahr-haftig, abe genug!“

Und indem er die Achseln zuckte, fügte er mit kräftiger Stimme hinzu:

# Hölz des Mordes beschuldigt

Bei den Verhandlungen im Prozeß Hölz am heutigen Vormittage wurde die Zeugenvernehmung über den Fall der Erschießung des Gutsbesizers Hef fortgesetzt. Dabei vermehrten sich die schon gestern in Erscheinung getretenen Aussagen, die Hölz selbst des Mordes beschuldigen. Der entscheidende Fall der gesamten Anklage steht damit zur Verhandlung. Die Entscheidung des Gerichts hierüber wird bestimmend sein für das Schicksal von Hölz. Wir erwarten daher, daß die Prüfung der Aussagen wirklich mit jenem Ernst erfolgt, den der Vorstehende, der sich heute zu der Äußerung veranlaßt fühlte, es zehe um den Kopf des Hölz, immer wieder betont und daß bei dieser Prüfung der Zusammenhang zwischen diesem Einzelfall und dem gesamten Vorgehen und den politischen Vorstellungen Hölz nicht aus dem Auge verloren wird.

## Der fünfte Verhandlungstag

„Es geht um den Kopf des Hölz“

Nach Eröffnung der Sitzung, zu der sich ein besonders starker Andrang des Publikums bemerkbar macht, wird die Beweisaufnahme fortgesetzt.

Nach Aufruf der Zeugen erklärt der Angeklagte: Herr Vorsitzender! Nach den Anstrengungen der ganzen Woche stelle ich hiermit den Antrag, morgen mit meiner Frau einen Ausflug nach dem Grünewald machen zu dürfen.

Vorsitzender: Hölz, glauben Sie wirklich, daß Sie hier durch solche Dummheiten Eindruck machen können?

Hölz: Nach der letzten Verhandlung ist die ganze Geschichte hier nur noch eine Komödie.

Ich nehme die Sache nicht ernst. Vorsitzender: Für uns handelt es sich sogar um eine sehr ernste Sache.

Der zum Fall Hef vernommene, aus der Haft vorgeführte Arbeiter Berger, der zur „Roten Armee“ gehört hatte, kann nichts neues zu dieser Sache mitteilen. Als Justizrat Dr. Broh eine Frage an den Zeugen stellen will, wird er von Hölz angefahren: „Lassen Sie mich fragen.“

Befindet, daß Hölz den ermordeten Hef mit Fußtritten und Häufen bearbeitet habe.

Hölz: Nach der letzten Verhandlung ist die ganze Geschichte hier nur noch eine Komödie.

Ich nehme die Sache nicht ernst. Vorsitzender: Für uns handelt es sich sogar um eine sehr ernste Sache.

Der zum Fall Hef vernommene, aus der Haft vorgeführte Arbeiter Berger, der zur „Roten Armee“ gehört hatte, kann nichts neues zu dieser Sache mitteilen. Als Justizrat Dr. Broh eine Frage an den Zeugen stellen will, wird er von Hölz angefahren: „Lassen Sie mich fragen.“

Befindet, daß Hölz den ermordeten Hef mit Fußtritten und Häufen bearbeitet habe.

Hölz: Nach der letzten Verhandlung ist die ganze Geschichte hier nur noch eine Komödie.

Ich nehme die Sache nicht ernst. Vorsitzender: Für uns handelt es sich sogar um eine sehr ernste Sache.

Der zum Fall Hef vernommene, aus der Haft vorgeführte Arbeiter Berger, der zur „Roten Armee“ gehört hatte, kann nichts neues zu dieser Sache mitteilen. Als Justizrat Dr. Broh eine Frage an den Zeugen stellen will, wird er von Hölz angefahren: „Lassen Sie mich fragen.“

Befindet, daß Hölz den ermordeten Hef mit Fußtritten und Häufen bearbeitet habe.

Hölz: Nach der letzten Verhandlung ist die ganze Geschichte hier nur noch eine Komödie.

Ich nehme die Sache nicht ernst. Vorsitzender: Für uns handelt es sich sogar um eine sehr ernste Sache.

Der zum Fall Hef vernommene, aus der Haft vorgeführte Arbeiter Berger, der zur „Roten Armee“ gehört hatte, kann nichts neues zu dieser Sache mitteilen. Als Justizrat Dr. Broh eine Frage an den Zeugen stellen will, wird er von Hölz angefahren: „Lassen Sie mich fragen.“

Befindet, daß Hölz den ermordeten Hef mit Fußtritten und Häufen bearbeitet habe.

Hölz: Nach der letzten Verhandlung ist die ganze Geschichte hier nur noch eine Komödie.

Ich nehme die Sache nicht ernst. Vorsitzender: Für uns handelt es sich sogar um eine sehr ernste Sache.

Der zum Fall Hef vernommene, aus der Haft vorgeführte Arbeiter Berger, der zur „Roten Armee“ gehört hatte, kann nichts neues zu dieser Sache mitteilen. Als Justizrat Dr. Broh eine Frage an den Zeugen stellen will, wird er von Hölz angefahren: „Lassen Sie mich fragen.“

Befindet, daß Hölz den ermordeten Hef mit Fußtritten und Häufen bearbeitet habe.

Hölz: Nach der letzten Verhandlung ist die ganze Geschichte hier nur noch eine Komödie.

Ich nehme die Sache nicht ernst. Vorsitzender: Für uns handelt es sich sogar um eine sehr ernste Sache.

Der zum Fall Hef vernommene, aus der Haft vorgeführte Arbeiter Berger, der zur „Roten Armee“ gehört hatte, kann nichts neues zu dieser Sache mitteilen. Als Justizrat Dr. Broh eine Frage an den Zeugen stellen will, wird er von Hölz angefahren: „Lassen Sie mich fragen.“

Befindet, daß Hölz den ermordeten Hef mit Fußtritten und Häufen bearbeitet habe.

Hölz: Nach der letzten Verhandlung ist die ganze Geschichte hier nur noch eine Komödie.

Ich nehme die Sache nicht ernst. Vorsitzender: Für uns handelt es sich sogar um eine sehr ernste Sache.

Der zum Fall Hef vernommene, aus der Haft vorgeführte Arbeiter Berger, der zur „Roten Armee“ gehört hatte, kann nichts neues zu dieser Sache mitteilen. Als Justizrat Dr. Broh eine Frage an den Zeugen stellen will, wird er von Hölz angefahren: „Lassen Sie mich fragen.“

Befindet, daß Hölz den ermordeten Hef mit Fußtritten und Häufen bearbeitet habe.

Hölz: Nach der letzten Verhandlung ist die ganze Geschichte hier nur noch eine Komödie.

Hölz: Es geht nicht um meinen Kopf, sondern um eine Idee.

Bei den Aussagen anderer Zeugen, die über die Ermordung des Gutsbesizers Hef wesentlich neues nicht aussagen können, wird Hölz wieder rabiat und schreit: Das ist doch klipp und klar, wie hier die ganze Konstruktion ist. Das Ganze ist ja eine Komödie! Holen Sie doch die Sivo herbei und lassen Sie mich erschließen, wenn Sie meinen Kopf haben wollen, ich gebe Ihnen noch die Seine dazu! Die ganze Sache ist eine Komödie! — Vorl.: Nein, für uns ist es eine sehr ernste Sache! — Hölz: Ja, wenn die Sache nur auch so ernst wäre, wenn andere Leute angeklagt sind. Weitere Ausfälle des Angeklagten gegen den Gerichtshof, die sich noch mehrmals wiederholen, weist der Vorsitzende energisch zurück.

## Preussische Justiz

Am Freitag hatte sich der Redakteur der kommunistischen Zeitung „Sozialistische Republik“, Bartels, vor der Strafkammer in Köln wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu verantworten. Er soll in seiner Zeitung behauptet haben, Herr Ebert führe einen üppigen Lebenswandel, er habe viel Wein und habe regelmäßig Fleisch und Lebensmittel in einer ihm nicht zustehenden Menge bezogen. Der Wahrheitsbeweis mihlang und Bartels wurde daraufhin zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zur Begründung führte das Gericht aus, Bartels habe aus niedrigen Motiven mit den Schimpereien die erste Person im Staate beleidigt, und es sei deshalb eine Freiheitsstrafe notwendig gewesen.

Das Herumschleppen in dem Privatsleben einzelner Personen kann im allgemeinen nicht der politischen Aufklärung dienen. Aber dieses Urteil erinnert doch allzu sehr an die Zeit der Majestätsbeleidigungsprozesse, es ist so unerhödet hart, daß es zum schärfsten Widerspruch herausfordern muß. Um so mehr als hier die Justiz an einem kommunistischen Redakteur gewissermaßen ein Exempel statuieren hat, während die Beschimpfungen und Schmähungen, die sich die Rechtsprelle gegen regierende Personen erlaubt, bisher noch keinen Richter gefunden haben. In einigen Fällen, wo die Justiz gegen derartige Beleidigungen eingeschritten ist, wurde auf eine lächerlich geringe Geldstrafe erkannt, obwohl die Angeklagten gegen Ebert und Scheidemann u. a. nicht den Vorwurf eines üppigen Lebenswandels, sondern den viel schwerer wiegenden Vorwurf des Diebstahls an Silbergeschirr und ähnlichem erhoben hatten. Diese Angeklagten waren freilich Rittergutsbesitzer und Offiziere. Eine Freiheitsstrafe könnte derartige Herren auch wirklich zu schwer treffen.

## 100 Prozent zur Friedensmiete

Der Wohnungs- und Siedlungsausschuss des Landtages beschäftigte sich mit der Beratung des Antrages Conradt (Deutschnat.), betreffend Behebung der Wohnungsnot. Die preussischen Stimmen sollen im Reichsrat dahin instruiert werden, gegen jede Sozialisierung und Kommunalisierung des Hausbesitzes Stellung zu nehmen. Der Antrag verlangt weiter einen ausreichenden Schutz für Mieter und Vermieter sowie Festsetzung einer angemessenen Miete, um zu erreichen, daß der Verfall der Gebäude verhütet wird, und daß durch Vornahme ausreichender Instandsetzungsarbeiten der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe gesteuert wird. Ein Ergänzungsantrag der Deutschnationalen Volkspartei verlangt, daß die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen abgebaut wird, daß Zuschläge bis zu 100 Prozent der Friedensmiete zugelassen werden, soweit sie sich auf freiwilliges Abkommen zwischen Vermieter und Mieter aufbauen, ohne daß eine Nachprüfung vorgenommen wird. Von dem Vertreter der Staatsregierung wurde darauf hingewiesen, daß es sich empfehle, erst die Beratung des Reichsmietengesetzes abzuwarten, die im Reichstag für die nächste Woche in Aussicht genommen sei.

## Zur Schulreform

Die U.S.D.-Fraktion des preussischen Landtages hat zur Frage der Schulreform folgenden Antrag eingebracht: „Das Staatsministerium wolle auf die Reichsregierung dahin einwirken, daß die Weltlichkeit aller Schulen durch völlige Entsetzung des Religionsunterrichts mit größter Beschleunigung in einem Reichsgesetz innerhalb der deutschen Republik herbeigeführt wird, wobei als Voraussetzung die notwendige Reichsverfassungsänderung — Abkündigung der Bildung und Schule, insbesondere der Artikel 146, Abs. 2, 149 usw. — in Aussicht zu nehmen wäre.“

nen, so daß insgesamt für Wärme, Licht und Kraftversorgung in dem Hotel nunmehr bloß 2275 Tonnen Kohlen aufgewandt worden sind. Gegenüber dem früheren Verhältnis bedeutet das eine Kohlenersparnis von 1610 Tonnen oder nahezu 42 v. H.

Ein neuer Altdorfer des Kaiser-Friedrich-Museums. In der Gemäldegalerie des Berliner Kaiser-Friedrich-Museums ist jetzt eine kleine kostbare Tafel des Regensburger Renaissancemalers Albrecht Altdorfer als Neuermuerung ausgestellt worden. Die Tafel, die in dem einen altdeutschen Kabinett auf der Altdorfer-Wand hängt, stellt den Abschied der Apostel dar. In einer Donaulandschaft, die von hohen Bergen hinten abgeschlossen wird, trennen sich die 12 Boten des Evangeliums, um die Wanderhaft in die Welt anzutreten. Ein paar marschieren schon über die kleine Brücke ab, an deren Kopf überwachenes Küchengemäuer steht, einige andere halten noch vorn bei der großen Suche eine letzte Zwiegespräche, ein paar sitzen auf dem Waldboden und rüsten ihren Beutel mit Weggehrung oder stehen gerade auf. Es sind prächtige, knorrige Gestalten, die da der Donaulandschaft dargestellt hat, bisweilen ein wenig verschoben. Aber das paßt so recht zu seiner Art, mit der er liebesoll, ein wenig spielerisch und verpönnen, die Räume und alles Gewachsene am Donauufer wieder gibt. Altdorfer ist überhaupt ein ganz entscheidender Altmeister, seine Landschaften sind das reichste, was es an deutscher Landschaftskunst gibt. Unsere Genossen sollten nicht verfehlen, einmal ins Friedrich-Museum zu gehen, mit dem ausgesprochenen Zweck, Altdorfer liebesoll zu betrachten.

Die Tuberkulose im Film. Anlässlich des Tuberkulose-Kongresses in Bad Ems wurde vom medizinischen Filmarchiv der Kulturabteilung der Usa ein neuer Tuberkulosefilm vorgeführt. In Anbetracht der sachlich genau unterrichteten Zuschauerhaft wurden bei der Vorführung die Filmbeteiligungen und Zwischentexte ausgelassen, so daß man den großen Eindruck, den dieser Film, durch leicht verständliche Erklärungen verbunden und abgerundet, auf den Laien machen wird, nur ahnen konnte. Nur der erste Teil wurde, gemässmaßen als Beispiel für die Bekämpfung, betitelt vorgeführt.

In den beiden ersten Teilen bringt die Darstellung in sehr anschaulichen schematischen Zeichnungen und Bildern aus dem alltäglichen Leben statistisches Material und Einzelheiten über die Krankheitsereger und ihr Eindringen in den Körper. Der dritte Teil erschüttert durch die Masse und Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen der Tuberkulose, die dem Laien zum großen Teil unbekannt und darum um so gefährlicher sind. Mit der Schilderung der Heilung und der Behandlung der Krankheit leitet der vierte und fünfte Teil zum Schluss über, der, vornehmlich stimmend, die Vermeidung einer Verschleppung und die Vorbeugungsmassnahmen, vor allem bei der Jugend, vor Augen führt.

## Tages-Notizen

Gesellschaftungen. Koll-Theater: 19. Was junge Mädchen träumen. — Großes Schauspielhaus: 20. Die Weber. — Kammerstücke: 21. Zwei städtische Tage.

## Sie wollen unter sich sein

Was ist bei dem Needereiabschließungsvertrag zu verbergen?

Zur Durchführung des Needereiabschließungsvertrages ist nach § 23 der Ausführungsbestimmungen ein Überwachungs-Ausschuss zu bilden, dem neben Neederer- und Arbeitervertretern auch ein Angestelltenvertreter angehören muß. Es ist dem Hauptaustausch des Reichstages anheimgestellt, diesen Angestelltenvertreter namhaft zu machen oder einen Berufsverband mit dem Vorschlagsrecht zu betrauen.

Nun bestehen bekanntlich auch bei den Angestellten drei große Spitzenverbände der christlichen, fleisch-Dunckerischen und freige-werkschaftlichen Richtung und es sollte eine Verständigung herbeigeführt werden.

Die bürgerliche Mehrheit des Hauptaustauschusses hat aber einen Beschlüßungsversuch gar nicht erst abgewartet, sondern in Sitzungen des Reichshauptaustauschusses vom 17. Juni, einfach beschlossen, den Vertreter und den Stellvertreter dem christlichen und fleisch-Dunckerischen Angestelltenverbände zuzuschicken, während der Afa-Bund, der in der Schiffbau-Industrie die maßgebende Organisation ist, ausgeschlossen wurde. Es bedarf keiner besonderen Ermahnung, daß sich die freige-werkschaftlichen Angestellten mit dieser Vergewaltigung nicht abfinden werden. Dieser Beschlüß der bürgerlichen Parteien löst aber auch erkennen, daß man Wert darauf legt, bei der Durchführung der Needereiabschließung unter sich zu bleiben.

Was ist da zu verbergen?

## Aus von Kerckhoffs Reich

Ein interessanter Prozeß spielte sich vor dem Schöffengericht Korbach (Rheinland) ab. Angeklagt war der Profurist Müller der dortigen Schloßfabrik Damm u. Ludwig wegen versuchter Bestechung des Beamten Klebba des Reichswirtschaftsministeriums. Auf Beschwerde verschiedener Preisprüfungsstellen und Kunden der genannten Firma war Klebba zur Revision nach Korbach geschickt worden. Dabei hatte er festgestellt, daß die Firma, wie dies sämtliche dem Hangschloßverbände angehörende Firmen getan haben, die Friedenspreise verdoppelt und außerdem Zuschläge von 1500 bis 2000 Prozent erhoben hatte. Dank dieses Preiswunders hatte die Firma Damm u. Ludwig in 9 Monaten einen Reinerwerb von 60 Millionen Mark erzielt und außerdem 20 Millionen Mark der Reserve überweisen können. Um den Beamten zur Unterbrechung dieser Tätigkeiten zu bewegen, wurden ihm von dem Profuristen Müller Provisionsgelder angeboten und ihm ferner das Anerbieten gemacht, seine Spesen bei der Firma zu liquidieren, wie dies alle Steuerbeamten machen. Außerdem bot er dem jugendlichen Regierungsvertreter an, ihm für seine Verschwiegenheit eine besonders gute Stellung bei einer Bank zu verschaffen.

In der Verhandlung wurde auch der faktisch bekannte deutsch-nationale Abgeordnete von den Kerckhoffs vernommen, der den Reichswirtschaftsminister in der Angelegenheit aufgeklärt und den Beamten des Reichswirtschaftsministeriums sowie den Angeklagten zu einer gemeinsamen Bestechung eingeladen hatte. Selbstverständlich hatte von den Kerckhoffs dabei nichts Verleses im Auge, so wenig wie seinerzeit die Entfernung der Siegel von seinem Geldschrank und das Verschwinden aller Steuererklärungen gemeint war. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Profuristen Müller zu 5000 M. Geldstrafe.

## Die Deutschnationalen für Lohnabbau

Bei Beratung des Gehaltsvertrages kritisierte der Abgeordnete Peters (Soz.) das patriotische Verhalten des Grafen Lehndorff, Geschäftsdirektor in Marienwerder, der Jungeselle sei und eine 15-Zimmer-Wohnung zur Verfügung habe. Er weigerte sich aber, an die Arbeiter aus Polen Zimmer abzutreten. Den Arbeitern stellte man Stallwohnungen zur Verfügung. Als diese Stallwohnungen abgebrannt und die Arbeiter ohne Wohnung waren, weigerte sich der Graf auch weiterhin, Zimmer zur Verfügung zu stellen, und so mußten die Arbeiter zusammengepfercht wie Kaninchen leben.

Der Abgeordnete Plehwe von den Deutschnationalen forderte, daß die Gehaltsverwaltung in die Arbeitsgemeinschaft eintritt, weil die Gehaltsverwaltung zu hohe Löhne für die Arbeiter bezahle im Gegensatz zu den in der Arbeitsgemeinschaft sitzenden landwirtschaftlichen Arbeitgebern. Es dürfe das Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen werden, indem man den Arbeitern zu hohe Löhne bezahle. Diese Ausführungen waren den Deutschnationalen sichtlich unangenehm. Sein Parteifreund, Repetent Plehwe, Arbeitersekretär der Christlichen, trat scharf gegen diese Ausführungen auf, und erklärte sie als persönliche Meinung und nicht als die der Fraktion. Dies trifft aber nicht zu, da die Deutschnationalen die Tendenz verfolgen, die Löhne abzubauen. Es handelt sich nur um eine deutsch-nationale Reaktion, um die Arbeiter zu kühlen.

Der Gehaltsvertrag weist nach, daß die Wohnungsverhältnisse auf den Gehältern tiefertraurig seien. Während Millionen für Pferde-zucht angelegt werden, habe man zum Bau von Wohnungen nur 520 000 M. zur Verfügung gestellt. Unter Rehner wird bei der nächsten Sitzung unsere grundsätzliche Auffassung zum Ausdruck bringen. Des weiteren hat der Genosse Klausner beantragt, die Ausgaben für die Pferdezüchter zu streichen.

Im Kerckhoffs Immunität. Endlich ist beim Reichstoge der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. von den Kerckhoffs von der Staatsanwaltschaft eingegangen. Der Antrag wird zunächst den Geschäftsordnungsausschuss beschäftigen und dann im Plenum verhandelt werden.

Ein irische Nordkavali. Greenwood teilte im englischen Unterhause mit, daß seit Juli 1920 in Irland von Sinnfeinern insgesamt 568 Personen ermordet worden sind.

Demobilisierung des französischen Ruhrheeres. Das Ruhrheer wird nach und nach demobilisiert. Nur die Unverheirateten sowie die Bureau- und die Referatsoffiziere werden im Dienst behalten.

Die demokratische Partei Bayerns und die politische Lage. Der Landesauschuss der Deutschen demokratischen Partei Bayerns ist für Sonntag, den 26. Juni, nach München einberufen zu eingehender Erörterung der politischen Lage. Das kann sehr lustig werden.

Der Fall Erzberger vor dem Reichsausschuss des Zentrums. Die „Germania“ meldet: Der Reichsausschuss der deutschen Zentrumspartei ist auf den 29. Juni zu einer Sitzung einberufen. Auf dieser Tagung wird auch der Fall Erzberger behandelt werden.

China sucht Hilfe bei Amerika. Nach einer Washingtoner Meldung hat Dr. Sun Yat-sen, der am 2. April d. J. durch das Parlament von Kanton zum Präsidenten von China gewählt wurde, einen Appell an den Präsidenten Harding um Anerkennung seiner Regierung gerichtet, in dem er erklärt, in China sei jetzt die Lage so, daß wenn Amerika China nicht seine hilfe-reiche Hand darbiete, dieses gegen seinen Willen gezwungen werde, sich den 21 Forderungen der Entente zu unterwerfen.

2 1/2 Millionen Franken zur Typhusbekämpfung. In einem Beschlüß hat die Regierung vorgeschlagen, 2 1/2 Millionen Franken zur Bekämpfung des Typhus in Osteuropa zur Verfügung zu stellen.

# Groß-Berlin

## Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Berliner Distrikte 1-20 und Neukölln, heute, Sonnabend abend von 6-7 Uhr, Plakate für Dienstags-Versammlungen im Bureau abholen.

## Die Kurgelegenheiten des Reichsarbeitsministers

Kurorte und Lungenheilstätten gibt es im Bereiche der Hauptversorgungsämter im ganzen 92. Von den 49 Kurorten gehört einer, Saarow am Scharmühssee, zum Hauptversorgungsamt Brandenburg in Berlin, sechs Bäder nach Breslau, drei nach Kassel, sechs nach Koblenz, vier, mit Einschluß von Teplitz in Böhmen, nach Dresden, drei nach Frankfurt a. M., fünf mit Burtum nach Hannover, Baden-Baden nach Karlsruhe, zwei nach Liegnitz, zwei nach Magdeburg, drei nach München, zwei nach Münster, vier nach Nürnberg, Kolberg, Polzin und Swinemünde nach Stettin, Reizenheim und Wildbad nach Stuttgart, Riffingen nach Würzburg. Unter den Kurorten sind drei Wildbäder, vier alkalische Quellen, zwölf Eisen- oder Stahleisen, zwei Eisenquellen, eine erdige Quelle, zwölf Kochsalzquellen, drei Bitterquellen, fünf Schwefelquellen, die genannten Seebäder sowie 23 Moorbäder. Aufnahme in die Kureinrichtungen kann Personen genehmigt werden, deren Leiden auf eine Dienst- oder Kriegsdienstbeschädigung zurückzuführen ist. Voraussetzung ist, daß andere Behandlungsverfahren keinen genügenden Erfolg haben oder in absehbarer Zeit erwarten lassen.

## Neue Steuern im Kreise Teltow

Der Teltower Kreistag tritt am Donnerstag, den 20. d. M., im Kreishause zu seiner Haushaltsitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen neben den Voranschlägen des Kreises für 1921 auch die Kreisstaatswahlen, die, wie berichtet, vom Bezirksauschuss zu Potsdam in ihrer Gesamtheit für ungültig erklärt worden sind. Von besonderer Bedeutung sind mehrere Vorlagen des Kreisauschusses über die Kreisfinanzen und neue Steuerordnungen, die zur Behebung der Finanznot des Kreises vom Kreisauschuss eingebracht werden. Für den Kreis Teltow sind die Verhältnisse besonders schwer, weil er durch die Abtrennung seiner leistungsfähigsten Gebiete neun Fünftel seiner Steuerkraft verloren hat. Der Kreis will trotzdem den Grundsatz: Keine Ausgabe ohne gleichzeitige Deckung und planmäßige Sparmaßnahme durchführen und sich als Landkreis auf die Aufgaben beschränken, die ihm gesetzlich obliegen. Große Schwierigkeiten bereitet die Unterbringung der durch die Eingemeindung und die Änderung der Steuergesetzgebung beim Kreise überzähligen Beamten und Angestellten. Die Rechtsfrage, ob ein überzähliger Kreisbeamter verpflichtet ist, in Berliner Dienste zu treten, ist strittig. Auch hat sich die Stadt Berlin bis heute nicht bereit erklärt, die überzähligen Kreisbeamten und -angestellten zu übernehmen. Die Verhandlungen hierüber werden fortgesetzt.

Der Haushaltsplan des Kreises für 1921 schließt für den Restkreis in der Einnahme mit 21,3, in der Ausgabe mit 25,9 Millionen ab; falls die Auseinanderlegung mit der Stadt Berlin bis zum 1. April 1921 nicht erfolgt ist, mit 29,9 und 47,7 Millionen. Im ersten Falle bleiben 4 680 649 M., im zweiten Fall 7 786 204 M. ungedeckt. Die Kur- und Versorgungsämter in den Kreiskrankenhäusern sollen, obwohl die Selbstkosten 46 M. betragen, nicht weiter erhöht werden. Dagegen soll die Gebühr für die Befestigung des Wilhelmsturmes im Grunewald von 10 Pfg. auf 1 M. erhöht und auch für die Befestigung des Gendarmturmes in Großbeeren, die bisher frei war, eine Gebühr von 1 M. eingeführt werden. Auch für die Benutzung des Kreisrentenvereins werden Gebühren vorgeschlagen. Die Grund- und Gebäudesteuer soll infolge der allgemeinen Wertsteigerung einer Nachprüfung durch eine besondere Kommission unterzogen werden. Ferner schlägt der Kreis auschuss vor, für den Kreis eine besondere Wertzuwachssteuer zu erheben, deren Ertrag auf jährlich 500 000 M. geschätzt wird. Die Schenksteuer soll erhöht werden und eine Einnahme von 80 000 M. bringen. Neu ist der Vorschlag einer Kreis-Verzinsungssteuer, die neben den Lohnsteuersteuern der einzelnen Gemeinden erhoben werden soll. Als Entschädigung (Verwaltungskostenanteil) sollen den Gemeinden 10 Prozent des Steueraufkommens befallen werden. Es wird zunächst mit einem Jahresertrag von 50 000 M. gerechnet. Schließlich will der Kreistag eine Kreis-Hundsteuer beschließen, nach der die Steuer für jeden Hund über 6 Wochen 20 bis 50 M. beträgt. Befreit sind Vollzeithunde, die Führhunde von Kriegsblinden usw. Es wird mit einer Steuereinnahme von 12 000 M. gerechnet.

## Die ersten Helden Oppermanns

In der „Potsdamer Tageszeitung“ wird durch ein Inserat, das am Kopfe ein „Eisernes Kreuz“ trägt, von dem Komp.-Führer der 1. Komp. Freiwilligenbataillons Reise mitgeteilt, daß der Freiwillige Al. „beim Sturm auf den Feind unerschrocken für Deutschlands Ehre“ gefallen ist. Er ist nicht der erste von jenen, die der Justizsekretär und Werbehauptling Oppermann nach Oberschlesien geschickt hat, der dort seinen Tod gefunden hat. Ihm sind welche vorangegangen und ihm werden, solange Oppermann noch weiter werden darf, welche folgen.

Das aber ist das Traurige, daß bis heute diesem „Helden hinter der Front“ das Handwerk noch nicht gelegt ist. Bei der Staatsanwaltschaft sind mehrere Anzeigen gegen ihn eingegangen. Es ist mit erschütterndem Material bewiesen, daß Oppermann nicht nur dauernd entgegen den Reichsverordnungen Wer-

bungen für Oberschlesien vorgenommen hat, sondern auch sein Amtsbureau in der Lindenstraße mit dem Führer des „Verbandes nationalgerüsteter Soldaten“ gemeinsam zu einer Werbezentrale eingerichtet hat.

Bis heute aber ist er von der Staatsanwaltschaft ungeschoren geblieben. Er darf weiter werben, er darf auch in seinem Bureau weiter für diese „edle“ verbotene Sache arbeiten.

Täglich gehen noch Einzeltransporte von ihm ins „Feld“, ohne daß ihm die geringsten Schwierigkeiten gemacht werden. Wir fragen die Staatsanwaltschaft, was ist bis heute gegen Oppermann unternommen? Was wird getan, um ihn ungeschoren zu machen? Wann endlich wird er seines Dienstes entbunden und dahin gebracht, wohin er gehört? Wer die Gehege misachtet, dürfte als republikanischer Beamter ungeeignet sein.

Der Posten eines Hauptsteuerdirektors. Mit der Magistratsvorlage über die Schaffung der Stelle eines Generalsteuerdirektors der Stadt Berlin und zweier Stellen für Abteilungsdirektoren der Generalsteuerdirektion beschloß sich im Rathaus sehr eingehend ein Stadtvorordnetenaußschuß, in welchem der Magistrat durch den Stadtkämmerer Dr. Karbing und Stadtrat Dr. Lange vertreten war. Einstimmig abgelehnt wurde vom Ausschuss die Bezeichnung Generalsteuerdirektion und Generalsteuerdirektor, sowie die Schaffung zweier Stellen für Abteilungsdirektoren. Beschlossen wurde, die Bezeichnungen vorzuschlagen: Haupt- oder Stadt- oder Obersteuerdirektor und die Schaffung einer solchen Stelle und einer zweiten als Stellvertreter des Obersteuerdirektors. Die zweite nicht genehmigte Stelle soll für die Zukunft vorbehalten bleiben.

Die Bauarbeiten für die Erweiterung des Bahnhofs Friedrichstraße und die Errichtung eines Uebergangs von der Nord-Süd-Bahn zu den Bahnsteigen der Staatsbahn sind erheblich fortgeschritten. An der Nordseite, wo sich bisher die Eingänge zu den Fernbahnsteigen befanden, wird jetzt die Entwässerungsanlage für den neuen Bahnhof fertiggestellt. Auf der anderen Seite der Friedrichstraße wird gleichzeitig an dem Einbau der Treppenanlage für den neuen Vorortbahnsteig gearbeitet, der zusammen mit den Zugängen für den neuen Untergrundbahnhof der Nord-Süd-Bahn in dem ersten Stadtbahnbogen östlich der Friedrichstraße mit einer Schalterhalle usw. vereinigt werden sollen. Für den neuen Vorort- und Stadtbahnsteig werden im ganzen drei Zugangstreppen hergestellt. Diese Arbeiten, einschließend der Vorfestigung der Bahnsteiganlagen und der Gleisverlegungen, werden voraussichtlich bis Ende Oktober beendet sein, so daß dann ein Teil des umgebauten Bahnhofes in Betrieb genommen werden kann. Aus Gründen der billigeren Bauausführung ist davon abgesehen worden, für alle drei Bahnsteige eine Dachkonstruktion zu wählen; daher wird der neue Bahnsteig für sich eine gewisse Spindeldachkonstruktion erhalten, während die beiden anderen Bahnsteige eine gleichartige Konstruktion nach Fertigstellung der Bahnhofshalle für den neuen Bahnsteig erhalten sollen.

Kreuzberg-Berlin ist nunmehr der offizielle Name für das Bezirksamt und die Bezirksversammlung 6 (Halleisches Tor) nach einem einstimmigen Beschluß des Bezirksvorstandes, auf Vorschlag des Bezirksamtes 6.

Die Bezirksversammlung Prenzlauer Berg hat beschlossen, zur Befestigung der wachsenden Wohnbevölkerung, den Magistrat zu ersuchen, die wegen Reparaturbedürftigkeit leerstehenden zahlreichen Wohnungen durch Bau- und andere Genossenschaften renovieren zu lassen. Die Versammlung beklagte die Betriebsbeschränkungen der Straßenbahnen und verlangte die Wiederherstellung des früheren Zustandes.

Auf Wunsch der Hauswirtin gestohlen. Der 27-jährige Arbeiter Rudolph Ritter aus Charlottenburg hatte von seinem Freund Streich erfahren, daß bei dessen Schwager, einer Frau Regener, Auguststr. 10 in Potsdam, eine reiche russische Flüchtlingsfamilie eingezogen war. Im April v. J. fuhr nun Ritter mit einer Frau Riedel aus Berlin nach Potsdam und plünderte, nachdem ihm Frau Regener die Schlüssel ihrer Mieter zum Stehlen ausgehändigt hatte, die Flüchtlingswohnung aus. Streich half gleichfalls bei dieser Dieberei. Die Angeklagten Streich, Frau Erdmann und Frau Regener zogen es vor, nicht zum Termin zu erscheinen. Gegen sie wurde ein Haftbefehl erlassen. Ritter wurde wegen einfachen Diebstahls im Rückfall zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Frau Riedel wurde wegen einfachen Diebstahls mit neun Monaten Gefängnis bestraft. Gegen Ritter wurde in Anbetracht der hohen Strafe keine sofortige Verhaftung angeordnet. R. versuchte zu entfliehen, wurde aber von dem hingspringenden Justizwachtmeister auf dem Gerichtskorridor wieder festgenommen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag: Vielfach heiter, jedoch kühl und unbeständig, mit einzelnen Regenfällen und ziemlich starken nordwestlichen Winden.

## Gewerkschaftliches

### Gompers — beleidigt

Nach einer Havasmeldung aus Denver über Paris vom 17. Juni hat der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam an den amerikanischen Arbeiterbund ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn ersucht, seine Austrittserklärung rückgängig zu machen. Der amerikanische Arbeiterbund erklärte in seiner Antwort, dieses Ersuchen sei eine Beleidigung und fügte hinzu, der Internationale Gewerkschaftsbund sei kein Vertreter der Wünsche der internationalen Arbeiterkraft.

Wir werden ja später aus Amerika den genauen Hergang mitgeteilt bekommen und kommen dann auf diese Angelegenheit noch zurück. Ins gewöhnliche Deutsch übertragen geht der Sinn der obigen Mitteilung aber dahin, daß nicht der Arbeiterbund, son-

dern — Gompers beleidigt ist. Das rührt uns mächtig und wir fühlen den Schmerz des „großen Mannes“ nach.

### Auskunft für Metallarbeiter in Argentinien

Die Oesterreichische Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht folgende Mitteilung:

Im Jänner d. J. wurde innerhalb des hiesigen Metallarbeiter-Insolvenz-Metalurgicos Unidos eine deutsche Sektion gegründet, welche unter dem Namen „Vereinigung deutsch sprechender Metallarbeiter und verwandter Berufsgenossen Argentinien“ es als ihre hauptsächlichste Aufgabe betrachtet, die fröhlich eingewanderten, deutsch sprechenden Metallarbeiter sofort ihrer Organisation zuzuführen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, in deutscher Sprache über die hauptsächlichsten, die argentinische Arbeiter-Schaft interessierenden Fragen zu verhandeln und mit beschließender Stimme zu können. Wir bitten Sie, die Kollegen, welche nach Argentinien auswandern, aufmerksam zu machen, daß es im eigenen Interesse der Kollegen liegt, bevor sie Arbeit annehmen, sich mit uns in Verbindung zu setzen; denn es ist in der letzten Zeit sehr oft vorgekommen, daß Kollegen direkt vom Einwandererhaus weggeholt wurden, um als Streiftreter zu arbeiten. Wir erwarten darum, daß jeder Kolle sofort nach der Ankunft in Buenos-Aires im Vereinshaus „Vorwärts, Rindow 1141, vorstpricht. Mit folgendem Gruß: Sociedad de Metalurgicos Unidos: A. Rocina, Secretario General. Für die Vereinigung deutsch sprechender Metallarbeiter: F. Bleuß, Vorsitzender.

### „Der Betriebsrat“ in Oesterreich

Seit kurzer Zeit geben unsere Oesterreichischen Genossen auch eine Betriebsrätezeitung heraus, die als Organ der Gewerkschaftskommission Deutsch-Oesterreich für die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte und für die Beisitzer der Einigungsämter und Gewerbegerichte und als Mitteilungsblatt der Kammern für Arbeiter und Angestellte unter dem obigen Titel erscheint. Sachkundige Mitarbeiter referieren über die verschiedensten Interessensgebiete, und der Inhalt ist nicht vorteilhaft gegenüber unserer von D. A. Stiermer geleiteten Betriebsräte-Zeitschrift ab, deren Redaktion „Waldzeitschrift“ verbinden muß, um Interesse für das Organ zu erwecken.

Unsere Genossen, die sich besonders mit dem Betriebsrätewesen beschäftigen, werden an den Oesterreichischen „Betriebsrat“ nicht vorübergehen können. Wir begrüßen das Organ und wünschen ihm ein großes Verbreitungsgebiet.

Abwehr der Gemeindefürsorge. Eine von der Sektion Staatsbetriebe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter gestern einberufene Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte nahm den Bericht über die jetzt abgelaufenen Tarifverhandlungen zum Manillatarif entgegen. Kollege Kai vom Ortsbureau brachte in seinen Ausführungen zum Ausdruck, daß bei den Verhandlungen wiederholt in einwandfreier Weise festgestellt werden konnte, daß die Regierung den unbedingten Willen hat, nach und nach die bestehenden sozialen Leistungen in der bisherigen Ausdehnung den Staatsarbeitern in Zukunft nicht mehr zu gewähren. Unter großen Entrüstungsrufen nahmen die Versammelten Kenntnis von demjenigen Bestimmungen des abgelaufenen Vertrages, welche eine erhebliche Verschlechterung gegenüber dem alten Vertrage darstellen. Die Erregung steigerte sich noch, als bekannt wurde, daß den neuereintretenden Kollegen der Uebertragungszuschlag nicht mehr gezahlt werden soll; also der Anfang des Lohnabbaues in den Staatsverwaltungen. In der Diskussion wurde unter einmütiger Zustimmung aller Versammelten zum Ausdruck gebracht, daß den arbeitereindlichen Bestrebungen der Regierung ein Damm entgegengelegt werden müsse, um die beabsichtigte Verelendung der Staatsarbeiter nach dem früheren willkürlichen Muster zu verhindern. Auf dieses mit Bestimmtheit zu erwartenden Abwehrkampf sollen alle Kollegen in den Betrieben vorbereitet werden.

### Arbeiterport

Jede Schwimmer Charlottenburg (Mitgl. v. A. M. B.). Alle Mitglieder der Anzeiger treffen sich am Sonntag, den 19. Juni, morgens 8 Uhr, bei Bahnh. Charlottenburg, zur Demonstration für den Arbeiterport. Besetzung mitglied. Red. der Demonstration Schwimmen in der Spree; gesteuert wird mit Trieb. Treffpunkt 9.40 Uhr Schloßbrücke Ecke Charlottenburger Ufer.

### Parteiveranstaltungen

Sonntag, 19. Juni

17. Distrikt. Genossen, welche am Sonntag nach Potsdam teilnehmen wollen, treffen sich 7 Uhr Greifenhagener Straße, am Bahnhof Schönerberg. 16. Distrikt (alter 7. Distrikt und Stralau). Die Generalversammlung am 21. Juni, abends 7 Uhr, in den Conventualen findet nicht statt. An deren Stelle findet die öffentliche Versammlung am dieselbe Zeit und im selben Lokal statt. Vorkate und Funktionäre sind bis heute vorm. 10 Uhr bei den Kassieren abzuholen.

18. Verwaltungsbezirk (Weißensee). Vorm. 10 Uhr Sitzung der Landtagskommission bei Wilhelm Koppe, Wilmersberg, Ecke Sedanstraße. Charlottenburg. Die Genossen treffen sich mittags 12 Uhr am Bahnhof Charlottenburg. Abfahrt nach Potsdam zum 18-jährigen Stiftungsfest. 19. Distrikt. Die Mitglieder werden ersucht, mit Familie an dem 30. Stiftungsfest der Ortsgruppe Potsdam teilzunehmen. Treffpunkt vorm. 9 Uhr Bahnhof Potsdamstraße. Abfahrt vom Potsdamer Bahnhof 10.25 Uhr.

Dienstag, 21. Juni

Berlin-Brandenburg. Bezirksversammlung und Kommunale Kommission 6 Uhr Köpenicker Rathaus.

### Vereinskalender

Montag, 20. Juni

5. Verwaltungsbezirk (Friedrichshagen), alter 6. Distrikt, jetzt 15. Distrikt. Die neuen Abteilungen der neuen Funktionäre-Kommission und die Delegiertenarten zur Verbandsgeneralversammlung beim Genossen Gallas, Barnimstraße, Ecke Georgenstraße, abholen.

Verantwortlich: für Politik u. Neukölln: Les Vieilles u. Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Soziales und Gewerkschaft: Robert Dornier, Berlin; für den Internationalen u. geschichtlichen Mitteilungen: Ludwig Romerstein, Karlsruhe; — Verlagsgenossenschaft „Arbeiter“, v. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 84.

**Wanzen** Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch **Pfeifferol**

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Pichler, Berlin N 65, Schulstraße 14.

## Cairo

Bilder und Studien mit zehn farbigen Kunstdrucke (Normal 35x45 cm) u. vielen farbigen Textbildern auf feinstem Kunstdruckpapier in blauem Noir-Einband mit Goldprägung. Ein Prachtwerk 80 Mark

Buchhandlg. „Freiheit“ Berlin C 2 Breite Straße 8-9

**Kleine Anzeigen** Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 84  
Annahme in allen Expeditionen des Verlages  
Das Heberdriftswort 2.— Mh., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mh. netto.  
Stellungsgesuche: Heberdriftswort 1.50 Mh., jedes weitere Wort im Text 1.— Mh.

**Verkäufe**  
Nesichans Velt, Rathgeber Straße 5. Kommern, Gabeln, Büchse, Tische, Seiden, Futterstoffe. Große für Herren und Frauen, ansehnliche fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.  
Verlagshaus Friedrichstr. 2 (Halleisches Tor) verkauft spottbillig Herrenanzüge, Reine Vombardware.  
Kochmaschinen 140.— Hochplatten verlässlich, Wilmersberg, Plattenstr. 45.  
Anzüge 250.— Coorcoats 37.— Gummimäntel 27.—, Hüte 6.—, Kridenstoffe, Reine Vombardware, Verlagshaus Rosenfelder Tor, Wilmersberg, 203/4, Ecke Rosenf. Str.  
Wanderfreunde finden die schönsten Hüte und Wandermäntel in der Buch von Paul Tsch. über die Art und Weise, sich zu kleiden, gebunden 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9.  
**Möbel**  
Gelegenheitskäufe. Gute und billige Hüte jeder Art findet man hier in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.  
Rüchsen, moderne, mit und ohne Vorrichtung, lackiert, rot, jetzt von 360 M. ab. Riesenanzahl. Köchenschieber, Kamin, Leinwand, Straße 22 (Schönhauser Tor).  
**Möbel**  
Rückfeld, Wollstoffe 34. Moderne Hüte, 14 Vorkäufe, herrliche Verlegung 600 Mark. Schälzimmer Tisch, weiß und Nubbaum mit 2500 Mark. Stühle und Stühle, 14 Teile 2220 Mark. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.  
**Möbel-Cohn**  
Große Frankfurter Str. 18, im Norden. Hüte, 7000, liefert gegen Bar- und Freigebung, ganze Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, fertige Hüte, einzelne Möbel in jeder Ausführung. Gebrauchte Möbel können kostenlos lagern. Käufer auch nach auswärtig.  
**Fahrräder**  
Qualitätswagen 100.—, Contingentbedeckte 7.—, Metallbetten 160.—, Runderdraht, Weiche, Auguststr. 12a, Dugh.  
Räder, moderne, mit und ohne Vorrichtung, lackiert, rot, jetzt von 360 M. ab. Riesenanzahl. Köchenschieber, Kamin, Leinwand, Straße 22 (Schönhauser Tor).  
**Fahrräder**  
Fahrradgummi billiger Riesenanzahl weißer Kaufsmittel 28, 41 Jahresgarantie 60. Continental 64. Schwimmbäder Gummis 12.—, Engländer, Gummis 12.—, 1. Ecke Wilmersbergstraße, Gummis-Palm.  
**Wertzeuge und Maschinen**  
Kugellager, Auto-Kohler, teile, höchstwertig mechanisch, Werkstoff, Reimkornbetriebe, Straße 92.  
Waldhüter, alte, dreipolig, Kugellager, Auto-Kohler, teile, Döberberg Str. 1.  
**Verschiedenes**  
Jeder Betriebsrat muß der Schrift von Waldhüter, 1917, Die Sozialpolitik der Klassen, Machtverhältnisse der Klassen, lesen. Preis 3.— Mh. (Vorkauf). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

**Schlagerei!**  
Damen braun echt Chevr. Schnür- und Spange... nur Mk. 125  
Damen schwarz echt Chevr. Spangenschuhe, elegante Form... nur Mk. 88  
Herren braun Rindbov-Stiefel, moderne Form... nur Mk. 185  
Schuh-Engros-Lager Kaatz  
Kein Laden! Münzstraße 10, I. Etage Kein Laden!  
Jeder Käufer erhält 1 Paar prima Gummischuhe vollständig kostenlos u. kostenlos versendet.